



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 01.09.2016

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
am Mittwoch, 7. September 2016, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 11.05.2016 und 29.06.2016
2. EHAP (Europäischer Hilfsfonds für besonders von Armut betroffene Personen)
- Vorstellung des Projektes -

3. 16-F-44-0001

Sach- und Personalkostenzuschuss Haus der Jugendverbände
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNE, FDP und Linke & Piraten -

Das Haus der Jugendverbände geht maßgeblich auf eine Initiative aller Fraktionen, die in der letzten Wahlperiode des Wiesbadener Stadtparlaments vertreten waren, zurück. Nachdem in 2010 das vom Stadtjugendring in Zusammenarbeit mit vielen Jugendorganisationen erarbeitete Konzept vorgestellt wurde, nahm es Einzug in viele Wahlprogramme, den Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD und mehrere Anträge innerhalb der letzten Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung. Nachdem sich eine geeignete Immobilie im ehemaligen Bebob-Haus gefunden hat, wurden die Bedarfe auf die Hausgröße hinunter gerechnet. Mittlerweile ist die Sanierung des Hauses der Jugendverbände fast fertig; zum 1. Oktober kann der Betrieb aufgenommen werden. Auch wenn die Räumlichkeiten kostenfrei von der GWW zur Verfügung gestellt werden, kann der Stadtjugendring aus eigenen Mitteln die Sach- und Personalkosten nicht tragen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, für das Haus der Jugendverbände, betrieben durch den Stadtjugendring, einen jährlichen Sach- und Personalkostenzuschuss in Höhe von 23.000€ anzusetzen. Für das Jahr 2016 sollen die Sach- und Personalkosten anteilig gezahlt werden. Die Finanzierung für die Jahre 2016 und 2017 soll aus den außerplanmäßigen Steuermehreinnahmen erfolgen, in den darauffolgenden Jahren muss der Sach- und Personalkostenzuschuss ins Budget des Dezernates II aufgenommen und fortgeschrieben werden.

4. 16-F-02-0014

Kita-Hessenring
- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 10.08.2016 -

In seiner Sitzung vom 13. Juli 2016 wurde dem Ortsbeirat Nordenstadt die Entwurfsplanung zur Generalsanierung der Kita Hessenring vorgestellt. Unter anderem ist eine Entkernung der Kita geplant sowie der Bau eines zweigeschossigen Erweiterungsbaus. Während der Sanierungsarbeiten werden die Kinder und das Kita-Personal in Container ausgelagert, die auf der Grünfläche an der Taunushalle stehen werden. Zudem wurde in der Sitzung berichtet, dass Kitas, aufgrund der Bausubstanz, maximal 40 Jahre in Betrieb bleiben sollten. Erst 2013 hat die Kita Hessenring ihr 40-jähriges Jubiläum gefeiert.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a. zu berichten, weshalb der Ortsbeirat Nordenstadt erstmalig in seiner Sitzung vom 13. Juli 2016 über die Sanierungs- und Ausbaupläne der Kita Hessenring informiert wurde. Sowohl betroffene Eltern als auch die Leitung der Kita waren vorab der Ortsbeiratssitzung über die Pläne informiert;
- b. zu berichten, in welcher baulichen Substanz sich die Kita Hessenring derzeit befindet und ob es zu verantworten ist, dass die aus dem Jahr 1972 stammenden Bauteile für das geplante Vorhaben weiterhin genutzt werden sollen;
- c. sicherzustellen, dass der Ortsbeirat Nordenstadt in die weiteren Planungen zeitnah und regelmäßig eingebunden wird.

5. 16-F-03-0057

Schuleingangsuntersuchung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.08.2016 -

Mit Beschluss 0116 des Sozialausschusses vom Juli 2015 wurde der Magistrat gebeten zu berichten, wie er die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung bewertet und welche Konsequenzen er aus den Erkenntnissen der Schuleingangsuntersuchung beabsichtigt zu ziehen. Nach unseren Erkenntnissen wurde der Bericht bisher nicht vorgelegt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Ergebnisse seiner Bewertungen umgehend vorzulegen.

6. 16-F-03-0058

HSK: Presseberichterstattung zur Leiharbeit

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.08.2016 -

Presseöffentlich wurde vor kurzem mitgeteilt, dass der zuständige Betriebsrat in den HSK weiteren Leiharbeitsverhältnissen ab Oktober 2016 widersprochen habe. Wegen der noch immer hohen Fluktuation an Pflegepersonal seien mittlerweile verschiedene Stationen geschlossen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

- Wie viele Stationen in den HSK waren im Laufe des Jahres 2015 geschlossen und wie viele in 2016 bis heute?
- Welche Fachgebiete sind von einer Schließung betroffen?
- Welche konkreten Maßnahmen ergreift die HSK, um ab Oktober 2016 entweder ausreichend Personal dauerhaft zu gewinnen oder die Kapazitäten an die vorhandenen Ressourcen anzupassen?

- Ist angesichts dieser Situation die Versorgungssicherheit und -qualität der Bevölkerung gewährleistet und kann die HSK ihrer Verpflichtung als Krankenhaus der Maximalversorgung noch in vollem Umfang gerecht werden?

7. 16-F-08-0033

Erziehungsberatungsstelle Adelheidstraße

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.08.2016 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Ist dem Magistrat bekannt, dass die Räumlichkeiten der von der Stadt Wiesbaden finanzierten Erziehungsberatungsstelle in der Adelheidstraße 28 ab Frühjahr 2017 saniert werden und eine Weiterarbeit dort während der Sanierungsarbeiten dann für ca. 6 bis 9 Monate nicht mehr möglich ist?
2. Kann die Stadt Wiesbaden der Erziehungsberatungsstelle Adelheidstraße
 - a. für diesen Zeitraum ein Ausweichquartier oder alternativ
 - b. Büroräume zur zukünftigen Dauernutzung zur Verfügung stellen?

8. 16-F-08-0032

ANLAGE

Wiesbadener Ferienkarte - Teilhabechancen erhalten

- *Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.07.2016 (BP0190)* -

9. 15-V-51-0057

DL 01/16-12, ANLAGEN

Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2014/2015

- *Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie vom 29.06.2016 (BP 0040)* -

- *Schreiben des Bürgermeisters vom 04.08.2016* -

10. Troncmittel für den Bereich Soziales 2016

ANLAGE

- *Schreiben des Dezernates II vom 16.08.2016* -

11. 16-A-58-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Gesundheits- und Integrationsbereich

12. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **16-F-03-0046** **ANLAGE**

Qualitätsstandard des städtischen Ferienprogramms
- Bericht des Dezernates II vom 16.08.2016 -

2. **16-V-20-0040** **DL 30/16-5**

Investitionscontrolling 2. Quartal 2016

3. **16-V-50-0028** **DL 32/16-6**

Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2014 und 2015

4. **16-V-51-0012** **DL 30/16-12**

Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt, Wiesbaden Gräselberg"

5. **16-V-51-0025** **DL 32/16-7**

Schaffung einer Kindertagesstätte im Haus der Bildung und Begegnung (Kastel-Housing)

6. **16-V-51-0026** **DL 32/16-8**

"Haus der Bildung und Begegnung Kastel Housing", Erweiterung einer Betreuenden Grundschule, Auftrag von Dez. V/4005 an Dez. II/5105

7. **16-V-51-0027** **DL 32/16-9**

Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V.; weitere Förderung des Mehrgenerationenhauses

8. **16-V-51-0028** **DL 32/16-10**

Übergang der Trägerschaft der Kita Eltern-Kind-Gruppe Emser Straße e. V. zu EVIM Bildung gGmbH

Seite 6 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie am 7. September 2016

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten
Vorsitzender